



Medienmitteilung

Datum: 24.09.2024

Prognose für die öffentlichen Finanzen: Überschüsse bei Kantonen, unsichere Situation bei Bund und Sozialversicherungen

Die finanzielle Entwicklung der öffentlichen Hand dürfte sich je nach Staatsebene stark unterscheiden. Das zeigt die neue Prognose bis 2028 der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Während die Sozialversicherungen über den ganzen Prognosezeitraum und die Kantone ab 2025 Überschüsse erzielen dürften, werden beim Bund und den Gemeinden über die ganze Periode strukturelle Defizite erwartet. Diese Entwicklung ist mit Unsicherheiten behaftet. Die Entlastungsmassnahmen des Bundes sind in den Prognosen noch nicht berücksichtigt.

Die Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) veröffentlicht zweimal jährlich Prognosen zu den öffentlichen Finanzen (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen). Die aktuellen Prognosen gehen bis 2028 und zeigen folgendes Bild:

2023: Überschuss trotz rückläufigem Finanzierungsergebnis der Kantone
Aufgrund der bis jetzt vorliegenden Zahlen wird für 2023 ein Finanzierungsüberschuss von 4,6 Milliarden Franken für den Gesamtstaat erwartet, was einem Rückgang um 2,7 Milliarden Franken im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Hauptursachen sind der Wegfall der Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an Bund und Kantone sowie ein verstärktes Ausgabenwachstum auf kantonaler Ebene. Die Nettoschulden gehen zurück und betragen per Ende 2023 118,5 Milliarden.

Prognose 2024: Finanzierungsüberschuss trotz Wegfall der SNB-Ausschüttungen

Der Finanzierungsüberschuss von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen dürfte insgesamt um 1,1 Milliarden auf 5,8 Milliarden Franken ansteigen. Dies ist vor allem auf die Sozialversicherungen zurückzuführen, die von der stabilen Wirtschaftslage profitieren. Trotz der Verschiebung des Kapitalzuschusses für die SBB auf 2025 wird für den Bund weiterhin ein Finanzierungsdefizit von mehr als 1 Milliarde erwartet. Das Ausgabenwachstum wird hauptsächlich durch die soziale Wohlfahrt (AHV-21-Reform und demografische Entwicklung) sowie die Armeeausgaben getrieben. Für Kantone und Gemeinden wird eine schwarze Null erwartet. Die Nettoschulden des Gesamtstaates dürften mit 118,1 Milliarden stabil bleiben.

Prognose 2025: Überschüsse für den Gesamtstaat trotz Bundesdefizit

In den zugrunde liegenden Annahmen wird für Bund und Kantone mit einer ordentlichen Gewinnausschüttung der SNB gerechnet. Trotzdem dürfte der Teilssektor Bund im Jahr 2025 ein Finanzierungsdefizit von 700 Millionen aufweisen, hauptsächlich aufgrund der teilweise ausserordentlich budgetierten Ausgaben im Zusammenhang mit der Ukraine (insgesamt rund 1,3 Milliarden). Kantone und Sozialversicherungen dürften dagegen Überschüsse erzielen. Die Sozialversicherungen profitieren von der günstigen Beschäftigungslage. Der Finanzierungsüberschuss des Gesamtstaates wird 2025 voraussichtlich 5 Milliarden betragen, während die Nettoschulden bis Ende 2025 auf 117.3 Milliarden sinken.

Prognose 2026–2028: Geprägt von der Entwicklung der Sozialversicherungen

Für den Gesamtstaat werden Überschüsse von 2,6 (2026), 1,7 (2027) und 2,4 Milliarden (2028) erwartet. Der Prognose liegt wiederum die Annahme einer ordentlichen Gewinnausschüttung der SNB von jährlich 2 Milliarden zugrunde. Die Nettoschulden dürften bis Ende 2028 auf 115,4 Milliarden sinken. Die Sozialversicherungen könnten Überschüsse zwischen 3,7 und 4,1 Milliarden (davon AHV 1,9 bis 2,3 Mrd.) generieren, während die finanzielle Lage des Bundes mit erwarteten Defiziten angespannt bleiben wird. Die vom Bund vorgesehenen Bereinigungsmassnahmen sind noch nicht berücksichtigt, entsprechend sind die Prognosen unsicher.

Für den Bund wird im Jahr 2028 ein Defizit von rund 2,3 Milliarden Franken erwartet, hauptsächlich verursacht durch steigende Ausgaben für die AHV und die Armee. Der Bund erarbeitet zurzeit jedoch Entlastungsmassnahmen von mehreren Milliarden, um die Defizite zu bereinigen.

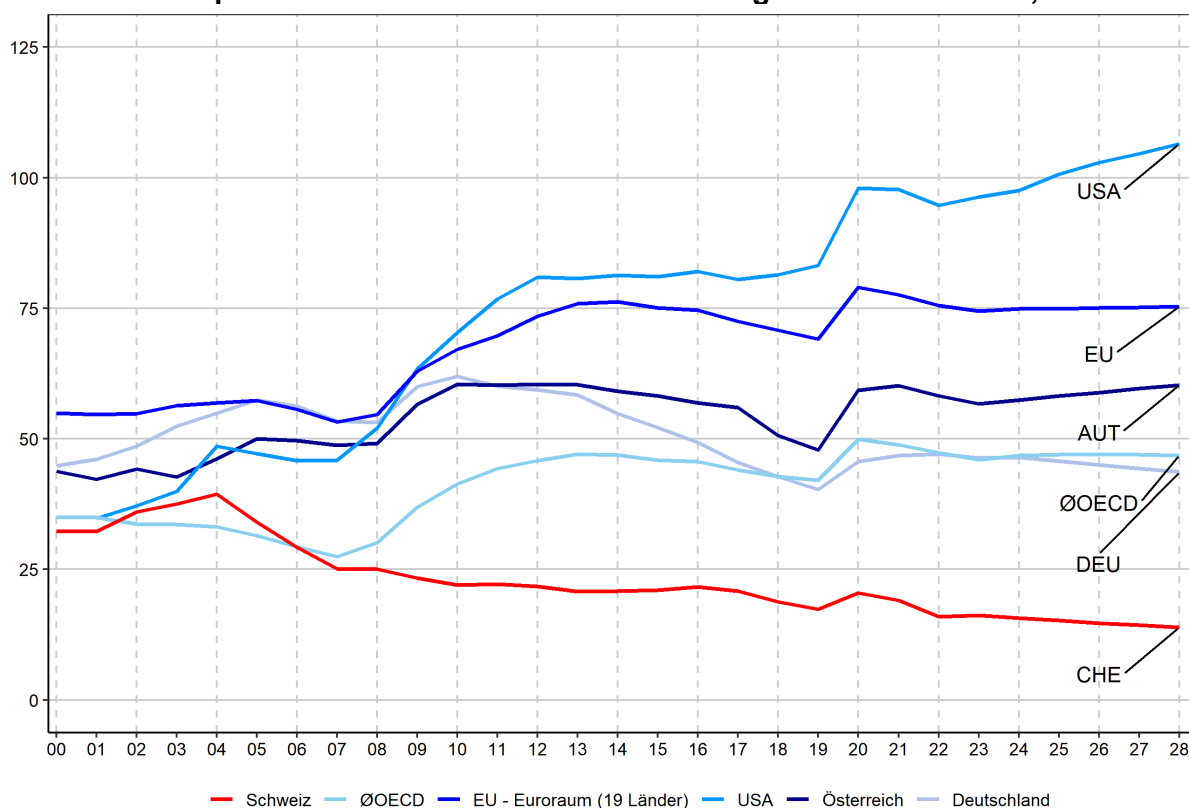
Bei den Sozialversicherungen führt die Einführung der 13. AHV-Rente ab 2026 zu Mehrausgaben von rund 4 Milliarden (nominale Preise). Der Bundesrat plant, diese durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu finanzieren. Zudem soll eine Senkung des Bundesanteils an den AHV-Ausgaben von 20,2 auf 19,5% vorgenommen werden. Beide Massnahmen sind als Annahmen in der oben erwähnten Prognose für die Sozialversicherungen enthalten. Diese Annahmen sind aber mit Unsicherheit behaftet, da die Vorlagen noch im Parlament beraten werden müssen und eine Mehrwertsteuererhöhung zwingend einer Volksabstimmung unterliegt. Eine Verzögerung der Finanzierung der 13. AHV-Rente würde sich dementsprechend erheblich auf die Prognosen der Sozialversicherungen auswirken.

Die Kantone werden voraussichtlich weiterhin stabile Überschüsse erzielen, die bis zu 1,3 Milliarden Franken erreichen könnten. Für die Gemeinden wird erwartet, dass sich das Finanzierungsergebnis bis 2028 wieder den Werten vor der COVID-19-Pandemie annähern dürfte. Hier wird ein Defizit von rund 500 Millionen Franken erwartet.

Nettoschuldenquote: Rückgang über den Prognosezeitraum

Die Nettoschuldenquote des Gesamtstaats, gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP), sinkt voraussichtlich von 16,2 Prozent im Jahr 2023 auf 13,9 Prozent im Jahr 2028. Dieser Rückgang der Quote in allen Teilssektoren ist unter anderem auch durch das erwartete Wirtschaftswachstum getrieben. Die Nettoschuldenquote der Schweiz dürfte im Jahr 2028 damit deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder von 46,8% liegen.

Nettoschuldenquote 1990–2028 im internationalen Vergleich: in % des BIP; GFS-Modell



Prognoserisiken

Erhebliche Risiken bestehen hinsichtlich der Ausschüttungen der SNB und der Finanzierung der 13. AHV-Rente. Zudem ergeben sich bedeutende Unsicherheiten für die Staatsfinanzen durch die noch nicht definitiv verabschiedeten Bereinigungsmassnahmen des Bundes, inkl. deren Auswirkungen auf die Kantone. Zudem bestehen Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Auswirkungen von Kriegen und Konflikten in verschiedenen Regionen der Welt.

Prognoseannahmen

Die vorliegenden Prognosen für die öffentlichen Finanzen basieren auf den aktuellsten Beschlüssen sowie Vorschlägen von Bund, Kantonen und Gemeinden bezüglich Budgets und Finanzplänen. Ergänzt werden diese Informationen auf der Einnahmeseite mit den aktuellsten Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung und mit Erfahrungswerten zu Budgetunterschreitungen auf der Ausgabenseite.

Für Rückfragen:

Michael Girod, Kommunikation,
Eidgenössische Finanzverwaltung
Tel. +41 58 465 41 41, kommunikation@efv.admin.ch

Folgende Beilagen finden Sie als Dateianhang dieser Mitteilung auf www.efv.admin.ch:

- Detaillierte Daten der Finanzstatistik
- FAQ